

PRESSEMITTEILUNG 203 – 05.12.2025

Sophia Schiebe

Gutgemeinte Ratschläge ersetzen keine reale Hilfe

Anlässlich der Schilderungen von Lübecks Bürgermeister Jan Lindenau über die Zustände im Lübecker Sozialamt erklärt die stv. Fraktionsvorsitzende und Abgeordnete aus Lübeck, Sophia Schiebe:

„Die Warnung von Lübecks Bürgermeister Jan Lindenau vor einem drohenden „Sozialbehörden-Gau“ zeigt eindrücklich, wie groß der Druck in den Kommunen inzwischen ist. Überlastete Mitarbeitende und komplizierte Verfahrenswege gefährden eine verlässliche Versorgung der Menschen, die auf Unterstützung angewiesen sind. Die gegenwärtige Situation ist nicht nur eine Herausforderung für die Betroffenen, sie muss auch ein Warnsignal für die Politik sein.“

Besonders betroffen sind vulnerable Gruppen, die in Zeiten steigender Lebenshaltungskosten und sozialer Unsicherheit oft am stärksten auf die Unterstützung der Sozialbehörden angewiesen sind. Die Schwierigkeiten in der Bearbeitung und die anhaltenden Personalmangel führen dazu, dass viele Anträge nicht rechtzeitig bearbeitet werden können. Für die Betroffenen hat das erhebliche finanzielle und psychosoziale Konsequenzen.

Die SPD-Landtagsfraktion fordert die Landesregierung daher auf, die Kommunen deutlich stärker zu unterstützen und beim Bürokratieabbau endlich konsequent voranzugehen. Dazu gehören vereinfachte Abläufe, klarere Zuständigkeiten und moderne digitale Verfahren, die Bearbeitungszeiten verkürzen und Ressourcen freisetzen.

Der Handlungsbedarf ist groß, muss auch endlich dementsprechend ernst genommen werden und zu konkreten Maßnahmen führen. Gutgemeinte Ratschläge allein helfen hier nicht wirklich weiter.“